



Kiel, 19.11.2009

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 26, Bildungsfinanzierung (Drucksache 17/40)

Dr. Henning Höppner:

Bildung kann nicht durch Steuersenkungen finanziert werden!

Im Oktober 2008 trafen sich in Dresden die Bundeskanzlerin und die Länderregierungschefs, um konkrete Vereinbarungen für eine Verbesserung des deutschen Bildungswesens zu treffen. Es gab Übereinstimmung darin, dass bis 2015 10 % des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung investiert werden sollten; davon sollten auf den Bildungsbereich 7 % und auf den Forschungssektor 3 % entfallen.

Es gab bei diesem Gipfel wichtige Aussagen über den Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren, über frühere Sprachförderung und über eine Qualitätsinitiative für die Ausbildung der Erzieherinnen und der Tagesmütter und -väter; was es jedoch nicht gab, war **ein umfassendes Finanzierungspaket**. Der Bund sah sich leider nicht in der Lage, ein kostenloses Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien zu bezuschussen.

Festgelegt wurden Eckwerte, nicht aber eine, wie es auf neudeutsch heißt, road map, diese hoch gesteckten Ziele zu erreichen. Von „Nebel auf dem Bildungsgipfel“ war bei der GEW die Rede, der Deutsche Lehrerverband (nicht gerade eine Vorfeldorganisation der SPD) nannte den Bildungsgipfel eine „in der Geschichte unbedeutende Fußnote“, und der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft bescheinigte der Politik, sie

habe „das Ziel aufgegeben, mehr junge Leute zur Aufnahme eines Studiums zu motivieren“.

Heute, ein Jahr danach, erscheint der **Bildungsgipfel** in der Rückschau nur noch als Wanderdüne. Und dass die Abstände zwischen den bundesweiten Protestaktionen der Studierenden und der Schülerinnen und Schüler immer kürzer werden, ist ein Beweis dafür, dass er viele Hoffnungen enttäuscht hat.

Die Ziele des Bildungsgipfels waren und sind richtig, aber **die Umsetzung lässt auf sich warten**. Es ist daher richtig, dass die GRÜNEN in ihrem Antrag die Landesregierung darin bestärken, sich verstärkt für die Ziele von Dresden einzusetzen.

Wer mehr öffentliches Geld für Bildung und Wissenschaft ausgeben will, darf die Einnahmen des Staates nicht schwächen. Steuersenkungen sind Gift für dieses Ziel! Es gibt natürlich immer wieder den Zielkonflikt zwischen den Finanzpolitikern und den Bildungspolitikern (und zwar ganz unabhängig von der Parteizugehörigkeit) über die Priorität der Haushaltssanierung gegenüber der Priorität der qualitativen und quantitativen Verbesserung unseres Bildungssystems. Das ist nicht der Gegensatz zwischen Gut und Böse, sondern ein Konflikt, den wir alle aushalten müssen, auch vor dem Hintergrund des künftigen Verschuldungsverbotes.

Die Pensionszahlungen an die ausgeschiedenen Lehrerinnen und Lehrer sind in unserer Haushaltssystematik Bestand der allgemeinen Finanzverwaltung, nicht des Bildungshaushaltes. Ich warne aber davor, im Antragstext Formulierungen wie „statistische Schönrechnereien“ zu verwenden, die den Verdacht der bewussten Manipulation durch die Finanzminister aufkommen lassen.

Die **zurückgehenden Schülerzahlen schaffen Spielräume**. Auch wir sprechen uns dafür aus, dass diese Spielräume dazu benutzt werden, die Unterrichtsversorgung da,

wo nötig, zu verbessern und gleichzeitig die pädagogische Qualität der Schulen zu steigern. Dazu gehören viele Maßnahmen, von der Sprachförderung vor der Einschulung und in den ersten Schuljahren über die vorgezogene Einführung der ersten Fremdsprache bis hin zur Ausstattung der Ganztagschulen. Dass die Mittel zu 100 % im Bildungssystem bleiben, können wir – und das schließt die Antragsteller ein - zum jetzigen Zeitpunkt nicht garantieren, wenn wir nicht wortbrüchig werden wollen.

Auch weil der Antrag schon in jamaikanischem Dialekt mit Ergebnisadresse an den neuen Bildungsminister verfasst ist, werden wir ihm so nicht zustimmen, bieten aber an, im Bildungsausschuss über eine konsensfähige Formulierung zu reden.